

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE IRREFUEHRENDE BAUERN-INITIATIVE

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern; Tel. 031 44'58'94

An die Medien der deutschen
und rätoromanischen Schweiz

Bern, 16. Mai 1989

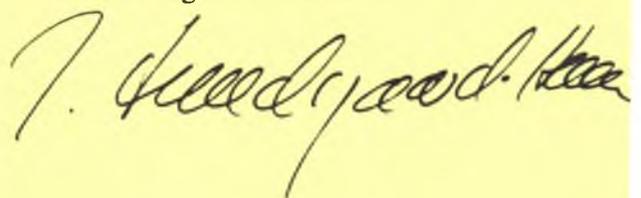
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 4. Juni haben Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über ein Volksbegehren abzustimmen, das einen trügerischen und irreführenden Titel trägt: die sogenannte Kleinbauern-Initiative. Die Gründe, die für eine Verwerfung der Initiative sprechen, sind entsprechend zahlreich. Die Parteipräsidentin der CVP, Nationalrätin Eva Segmüller (SG), begründet im heutigen Pressedienst ihre ablehnende Haltung. Nationalrat Ulrich Fischer (FDP/AG) bezeichnet die Initiative als "trojanisches Pferd"; Dr. Kurt Moser, Direktor des Vorortes, legt die negativen wirtschaftspolitischen Folgen der Initiative dar. Auf eine andere Schwäche weist Dr. Hans Wili, ehemaliger Bundeshausredaktor, hin: er spricht von "Denners Katze im Sack", währenddem der Pressechef des schweizerischen Bauernverbandes, Thomas Gubler, aufzeigt, dass die von Denner anvisierten vermehrten Fleisch-Importe nicht aus "gesunden Weiden im Ausland" stammen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss

Jens Lundsgaard-Hansen



Beilagen: erwähnt

Volksinitiative "für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken":

Hohe Ansprüche – unerfreuliche Auswirkungen

Von CVP-Nationalrätin Eva Segmüller, St. Gallen

Der Titel der Initiative "für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken" weckt auch bei den Konsumentinnen und Konsumenten hohe Erwartungen an dieses Volksbegehren. Denn neben dem Preis, den man für ein Nahrungsmittel bezahlen muss, ist auch die Qualität eines landwirtschaftlichen Produktes oft ausschlaggebend für ein bestimmtes Kaufverhalten. Und immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten achten auch auf das Umfeld, in dem Nahrungsmittel hergestellt werden. Produkte aus biologischer Anbauweise und artgerechter Tierhaltung sind hoch im Kurs. Kann nun aber die sogenannte Kleinbauern-Initiative diesem Konsumbedürfnis nach gesunden Nahrungsmitteln und einwandfrei hergestellten landwirtschaftlichen Produkten entsprechen? Trotz dem vielversprechenden Titel des Volksbegehrens muss diese Frage mit Nein beantwortet werden.

Bei Importen: Augen zu!

Das Verhalten beim Kauf von Nahrungsmitteln ist heute nicht mehr dasselbe wie vor einigen Jahren oder Jahrzehnten. Immer mehr interessieren sich Konsumentinnen und Konsumenten neben dem Preis auch für Art und Herkunft der verschiedenen Produkte. Sie legen Wert auf gesunde und umweltgerecht hergestellte Nahrungsmittel, interessieren sich für die Art der Tierhaltung und sind unter Umständen bereit, einen Mehrpreis zu bezahlen, wenn bestimmte Auflagen erfüllt werden. Die Auflage der naturnahen und damit umweltschonenden Produktion kann aber durch die Massnahmen, wie sie in der Kleinbauern-Initiative vorgeschlagen werden, nicht erfüllt werden. Im Gegenteil: Die Annahme dieses Volksbegehrens hätte eher eine intensivere Nutzung des landwirtschaftlichen Bodens und damit eine Verschärfung der Umweltschutzproblematik zur Folge. Gleichzeitig müssten Tausende von Bauern ihren Hof aufgeben, weil sie nach der vorgesehenen Streichung der ihnen heute zustehenden Unterstützungsbeiträge nicht mehr weiterexistieren könnten. Trotz einer Zunahme der Beanspruchung des übriggebliebenen landwirtschaftlichen Bodens würde deshalb der Selbstversorgungsgrad unseres Landes sinken und die Abhängigkeit von Importen zunehmen. Unter fragwürdigen Bedingungen im Ausland pro-

duzierte Nahrungsmittel könnten massenweise in unser Land eingeführt werden, während einheimischen Betrieben, welche einer im Vergleich zu unseren Nachbarländern fortschrittlichen Umwelt- und Tierschutzgesetzgebung unterstellt sind, die Existenzgrundlage entzogen werden soll.

Verteuerte Eigenproduktion

Vergleicht man diese Auswirkungen der Kleinbauern-Initiative mit dem Anspruch der im Titel erhobenen naturnahen und tierschutzgerechten Produktion, merkt man, dass hier irgend etwas nicht stimmen kann. Und auch das Argument der billigeren Preise kann man aus Konsumentensicht nicht gelten lassen, weil die Kleinbauerninitiative den übrigbleibenden einheimischen Landwirten kostendeckende Preise garantiert. Und die für die Erfüllung dieses Versprechens notwendigen Aufwendungen hätten schliesslich die Steuerzahler – zusammen mit den Konsumentinnen und Konsumenten – zu berappen.

(45 Zeilen à 60 Zeichen)

Kleinbauern-Initiative als trojanisches Pferd

von Nationalrat Ulrich Fischer, Seengen

Wer den Text der sogenannten "Kleinbauern-Initiative" liest, erhält den Eindruck, dass nach deren Annahme künftig wieder selbständige Bauern mit familieneigenen Arbeitskräften auf eigener Futterbasis umweltfreundlich produzieren würden. Leider ist diese idyllische Vorstellung falsch; die Kleinbauern-Initiative löst die wirklichen Probleme unserer Landwirtschaftspolitik nicht.

Unter anderem ist es ein Irrtum zu glauben, nach Annahme der Initiative werde in der Landwirtschaft umweltfreundlicher produziert. Vielmehr führt der Zwang der eigenen Futterbasis dazu, möglichst viel aus dem eigenen Boden herauszuholen, d.h. möglichst intensiv zu produzieren. Damit wird die Spannung zwischen Landwirtschaft und Umwelt nicht gelöst, sondern noch verschärft. Die Vorschriften der Initiative verschlechtern auch die Position der Schweiz in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Das Sonderstatut, das die Schweiz im Rahmen des Agrarstatutes des GATT aushandeln konnte, würde unterlaufen. Die Schweiz würde im Agrarsektor zu einem unberechenbaren Handelspartner, was negative Auswirkungen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für unsere wirtschaftspolitische Situation insgesamt hätte. Die Schweiz muss sich heute mehr denn je davor hüten, integrationsfeindliche Sonderzügelein zu fahren.

Die Gegner der Kleinbauern-Initiative sind nicht zum Vornherein vorbehaltlose Befürworter der gegenwärtigen offiziellen Agrarpolitik. Tatsächlich liegt in der schweizerischen Agrarpolitik manches im Argen und bedarf einer Neuorientierung. Diese wird indessen durch die Annahme der Kleinbauern-Initiative nicht erleichtert, sondern durch neue, einschneidende Randbedingungen erschwert.

Die Initiative ist ein trojanisches Pferd: Sie sieht äusserlich vorteilhaft aus, enthält jedoch - auf den ersten Blick kaum erkennbar - Dinge, zu denen auch jene Mitbürger nicht ja sagen können, die für eine gesunde Umwelt und leistungsfähige Familienbetriebe eintreten. Sie ist deshalb abzulehnen.

Nein zur verfehlten Kleinbauern-Initiative

Von Dr. Kurt Moser, Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins

Die Stossrichtung der sogenannten Kleinbauern-Initiative ist verführerisch. Sie fordert die Erhaltung einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und die Förderung einer umweltgerechten Produktion von gesunden Nahrungsmitteln. Sie bagatelisiert dabei die praktischen Durchführungsprobleme und die aussenhandelspolitischen Risiken. Diese ergeben sich vor allem aus der starren Abgrenzung der bäuerlichen Betriebe und der unvermeidlichen Neuaushandlung unserer agraraussenhandelspolitischen Grundlagen.

Praktische Durchführungsprobleme

Die Klarheit der Definition des bäuerlichen Betriebes steht im umgekehrten Verhältnis zu den Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten ihrer Anwendung in der Praxis. So müssten nicht nur zahlreiche bäuerliche Betriebe "deklassiert" werden, nur weil sie nicht von einem selbständigen Bauern oder vorwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaftet werden, sondern selbst viele kleinen Aufstockungsbetriebe würden vom Agrarschutz ausgeschlossen und wären damit praktisch zur Aufgabe gezwungen.

Noch wichtiger als diese Einwände ist aber, dass die Initiative mit der Begünstigung von kleineren Betrieben eine bewusste Strukturpolitik verfolgt. Wir können jedoch unsere Agrarstruktur nicht einfach zementieren, als ob wir auf einer Insel leben würden. So wenig wie der Staat in der übrigen Wirtschaft Betriebe am Leben erhält, nur weil sie klein sind, so wenig kann die Kleinheit in der Landwirtschaft ein ausschliessliches Schutzziel sein. Bei Annahme der Initiative besteht die Gefahr, dass in der Zukunft in zu kleinen Einheiten unwirtschaftlich produziert würde.

Aussenhandelspolitische Schwierigkeiten

Für die gesamte Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind die aussenhandelspolitischen Konsequenzen der Initiative. Mit deren Annahme müsste das vielfältige, historisch gewachsene und völkerrechtlich gut abgesicherte Agrargrenzschutzdispositiv instrumentell völlig umgekrempelt werden. Im Mittelpunkt stünde ein Importsystem, für das zu einer Importbewilligung bemerkenswerterweise nur eine Uebernahmeerklärung, nicht aber eine effektive Uebernahmeleistung zu erbringen wäre. Erweist sich dieses Importinstrument als ungeeignet, kämen Einfuhrabgaben, Einfuhrmonopole und Einfuhrverbote zum Zug. Die heutige schweizerische Agrarhandelspolitik ist jedoch an staatsvertragliches Recht multilateraler und bilateraler Art gebunden. Diese Grundlagen können ohne Einwilligung unserer Vertragspartner nicht einfach über Bord geworfen werden.

Von zentraler Bedeutung ist das Agrarstatut im GATT. Dieses gestattet der Schweiz, sowohl mengenmässige Importbeschränkungen anzuwenden als auch Grenzabgaben bei Waren mit gebundenen Zollsätzen zu erheben, sofern sich diese Massnahmen auf die bei unserem GATT-Beitritt geltenden Gesetzesbestimmungen abstützen. Einfuhrbeschränkungen, wie sie die Initiative verlangt, wären jedoch durch das Agrarstatut im GATT nicht mehr gedeckt. Nicht weniger wichtig ist das Handelsregime für landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse im Rahmen des europäischen Freihandelssystems, entfallen doch über 60 Prozent unseres Agraraussenhandels auf Europa.

Eine vertragliche Neuaushandlung unseres gesamten Agraraussenhandelsinstrumentariums wäre mit erheblichen Risiken verbunden. Wir würden unseren heutigen agrarwirtschaftlichen Besitzstand gefährden und mit einer Kehrtwendung zwangsläufig die Glaubwürdigkeit unserer auf Konstanz angelegten liberalen schweizerischen Handelspolitik in Zweifel ziehen. Die Verhandlungsposition der Schweiz würde dadurch unnötig eingeengt. Die Schweiz ist aber im Interesse ihrer Wohlstandserhaltung mehr als andere Länder auf eine liberale Welthandelsordnung angewiesen, die ihrer Industrie- und Dienstleistungswirtschaft ihre Absatzmärkte weltweit offenhält. Ihr Erfolg kommt letztlich auch der Landwirtschaft zugut.

Initiative brächte neue Schwierigkeiten

Die Initiative ist auch aus Sicht der Wirtschaft verfehlt. Sie operiert teilweise mit Zielsetzungen, die im Rahmen der heutigen Gesetzgebung verwirklicht werden können und lässt in den darüber hinausgehenden Forderungen die Schwierigkeiten der Umsetzung ausser acht. Die Initiative bindet der Schweiz aussenhandelspolitisch die Hände und schränkt damit ihren verhandlungspolitischen Spielraum ausgerechnet in einem Zeitpunkt ein, in dem es darum geht, wichtige Verhandlungsziele in der GATT-Runde zu erreichen.

Die schweizerische Wirtschaft ist überzeugt, dass die Landwirtschaft weiterhin wichtige staatspolitische und volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat. Sie ist auch in der Zukunft bereit, zu ihrer Erhaltung beizutragen. Die Kleinbauern-Initiative aber ist abzulehnen, weil sie nichts zur Lösung agrarpolitischer Probleme beiträgt, sondern im Gegenteil nur neue schaffen würde.

Denners Katze im Sack

Wenn einem eine Katze im Sack angeboten wird, sollte man erst auf den Handel eingehen, nachdem der Sack geöffnet und die Katze vorgezeigt worden ist. Dieses Gebot der Klugheit hat die Kleinbauern-Vereinigung sträflich übersehen, als sie sich vom Grossverteiler Denner die Vorschriften über den "Agrarschutz an der Grenze" in ihre Kleinbauern-Initiative einschmuggeln liess.

Dieses Urteil ist sicher nicht zu hart, wenn man den Text der Initiative, und das, was sie Denner an Auslegungsmöglichkeiten bietet, näher unter die Lupe nimmt. Die Initiative zerfällt nämlich im wortwörtlichen Sinn in zwei sehr ungleiche Teile.

Der erste Teil will die Kleinbauern besser stellen - wobei er in Wirklichkeit mindestens 12'000 (!) Kleinbauern, vorab im Berggebiet, schlechter stellt - und im zweiten Teil werden, ungewollt von den Kleinbauern, zusätzliche Billig-Importe aus ausländischen Tierfabriken ermöglicht. Importe also, welche die Inlandprodukte, auch jene der Kleinbauern, illoyal konkurrenzieren. Und so etwas bietet man uns als "Schutz der Kleinbauern" und als "Kampfansage an die Tierfabriken" an!

Sollen wir wirklich einerseits die einheimischen "Tierfabriken" durch Erschwerung der Futtermittelimporte zurückbinden, wie das die Initianten mit ihrer Initiative anstreben, und gleichzeitig ausländische Tierfabriken, die unsere Produzenten konkurrenzieren, fördern? Da bleibt nur eine Folgerung: Die Stimmbürger im allgemeinen und die Kleinbauern im besonderen tun gut daran, Denners Katze im Sack am 4. Juni zu refüsieren, die Kleinbauerninitiative deutlich abzulehnen.

Dr. Hans Wili

Mehr Fleisch von zweifelhafter Herkunft?

Von Thomas Gubler, Pressechef des schweizerischen Bauernverbandes

Die Schweiz solle mehr Fleisch aus "gesunden Weiden im Ausland" beziehen. Dies ist das in Inseraten erklärte Ziel von Denner-Chef Karl Schwenk, welches er mit seiner "Kleinbauern-Initiative" verfolgt. Die Realität sähe freilich anders aus: die Tierschutzbestimmungen und die Haltungsvorschriften der Schweiz sind die strengsten überhaupt.

Für ein klassisches Grünland wie die Schweiz, wo zwar Milch und Fleisch reichlich, der Honig aus klimatischen Gründen hingegen etwas spärlicher fliesst, bedeutet vermehrter Fleischimport eine Verminderung der Produktionsmöglichkeiten unserer Landwirtschaft. Würden die Konsumenten davon profitieren?

Es ist nicht zu bestreiten: importiertes Fleisch wäre billiger zu haben als das im Inland hergestellte. Ob es dabei auch gesünder ist, wie teilweise behauptet ist, muss bezweifelt werden. Die Tierschutzbestimmungen und die Vorschriften über die Haltungsformen in der Schweiz sind die strengsten überhaupt. Nirgendwo sonst wird den Bedürfnissen der Tiere eine so grosse Beachtung geschenkt. Auch dem tierischen Leben soll bei uns mit Respekt begegnet werden. Ein ausgebauter Tierschutz hat aber auch seine Kehrseiten. Die Produktionskosten für Fleisch fallen höher aus, und zwar aufgrund der längeren Mastzeiten, des Verbotes von Wachstumsförderern und Hormonen und wegen den besseren Lebensbedingungen im allgemeinen, die dem Tier zugestanden werden.

Mit dem Ruf nach billigem Importfleisch werden aber die Errungenschaften des Tierschutzes wieder in Frage gestellt. Es kann nämlich nicht der Sinn unserer tiergerechten Haltungsvorschriften sein, dass das Fleisch dann aus Ländern importiert wird, in denen Tiere unter unwürdigen Bedingungen gehalten und gemästet werden oder wo der Einsatz von Hormonen – wie in den USA, dem Lande des US-Beefs – völlig legal geschieht. Ebenso widersinnig erscheint daher auch die Absicht, die sogenannten Tierfabriken (was immer man darunter verstehen mag) zu verbieten und gleichzeitig das Fleisch aus effektiven und wesentlich grösseren Tierfabriken aus dem Ausland zu importieren.

Die Interessen der Konsumenten, die ein Recht auf gesunde und einwandfreie Nahrungsmittel haben, und diejenigen der Bauern, die von ihrer Produktion leben müssen, sollen mit der sogenannten Kleinbauern-Initiative den Profitinteressen eines Grossverteilers geopfert werden. Auch sollte die Tatsache nicht vergessen werden, dass in Ländern wie Brasilien oder Polen, von denen ebenfalls Fleisch importiert wird, Urwälder ökologisch bedenklich in "gesunde Weiden" umgewandelt werden oder das Fleisch wie in Polen für die einheimische Bevölkerung rationiert ist. Es stellt sich die Frage, ob der Preis für das wesentlich billigere Importfleisch nicht doch zu hoch ist?

Gänzlich perfid wird es, wenn derartige offene und verdeckte Absichten schliesslich noch unter dem Deckmantel der Naturnähe und des Schutzes der Kleinbauern angepriesen werden. Konsumenten und Stimmbürger haben aber die Möglichkeit, derartigen Denner-Machenschaften am 4. Juni mit einem Nein zur sogenannten "Kleinbauern-Initiative" eine Absage zu erteilen.
